bundeskanzleramt

Bundesminister Martin Kocher, Vizekanzler Werner Kogler, Bundeskanzler Karl Nehammer und Bundesministerin Leonore Gewessler bei der Vorstellung des Konjunkturpakets

KONJUNKTURMASSNAHMEN

FÖRDERUNGEN STATT VERBOTE: DER RICHTIGE WEG?

Das Mitte Oktober von der Bundesregierung – allen voran Bundeskanzler Karl Nehammer und Klimaschutzministerin Leonore Gewessler – vorgestellte Konjunkturpaket soll das Klima schützen und die Bauwirtschaft ankurbeln. Ob dieser Spagat gelingen kann, wird sowohl von Klimaschützern als auch Vertretern der Bauseite angezweifelt.

TEXT: SABINE MÜLLER-HOFSTETTER

Mitte Oktober stellte die Bundesregierung ein sechs Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket vor, das im Rahmen der Budgetverhandlungen geschnürt wurde. Drei Milliarden Euro sind für erneuerbare Energien und Sanierungsmaßnahmen reserviert, die andere Hälfte für den Energiekostenzuschuss für die Wirtschaft. So wird künftig etwa die Umsatzsteuer auf Photovoltaik-Anlagen in Österreich abgeschafft, das schafft bürokratische Antragssysteme ab und macht es für alle Bürger einfacher, die auf PV-Strom umsteigen wollen. Auch die Förderung von Sanierungsmaßnahmen wird weiter ausgebaut. Zusätzlich sollen öffentliche Bauprojekte und Investitionen vorgezogen werden und die Konjunktur ankurbeln. Ziel sei es, „in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit nachhaltige Investitionen in den Wirtschaftsstandort stärken und allen voran ökologische Bau- und Sanierungsmaßnahmen fördern", heißt es dazu von Vertretern der Bundesregierung, allen voran Bundeskanzler Karl Nehammer und Umweltschutzministerin Leonore Gewessler.

Doch der Teufel liegt im Detail, denn statt einer – wie bisher im Entwurf des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes vorgesehenen – Verpflichtung zum Tausch von bestehenden Öl- und Gaskesseln soll es nur mehr stärkere Anreize durch eine Erhöhung der Förderungen geben. Gewessler stehe zwar nach wie vor zur ursprünglichen, strengeren Regierungsvorlage, aber die Welt habe sich weitergedreht. Aufgrund der Teuerung würde ein Heizungstausch manche Menschen finanzi überfordern und eine Ablehnung von Maßnahmen für den Klimaschutz hervorrufen. Nach viel Widerstand und Kritik im Bereich der Bestandsgebäude setze man nicht auf Verbote, sondern auf großzügige Förderungen, um den Heizungsumstieg anzuregen.

In diese Kerbe schlägt auch der Österreichisc Haus- und Grundbesitzerbund: Ein Gesetz, das nicht praxisgerecht umgesetzt werden kann, führe zu Widerstand und sei in weiter Folge kontraproduktiv. Durch das Setzen vo Anreizen und die laufende Entwicklung von innovativen technischen Lösungen sind auc Hauseigentümer motiviert, den Gebäudebe stand in eine klimafitte Zukunft zu führen.

Erleichterung bei Hauseigentümer

ÖHGB-Präsident Martin Prunbauer zeigte sich dementsprechend erleichtert darüber, dass die vom Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbund vorgebrachten Bedenken gegen das Erneuerbare-Wärme-Gesetz gehört wurden und kein verpflichtender Heizungstausch in Bestandsgebäuden vor sehen ist. Vor allem im städtischen Bereich

mangelte es schon aufgrund der dichten Verbauung vielfach an Alternativen für eine nicht fossile Versorgung. Eine zwangsweise Umrüstung auf erneuerbare Energieträger wäre nicht nur aus technischen, sondern auch aus zeitlichen Gründen nicht zu bewältigen gewesen. Prunbauer dazu: „Diese ungünstige Ausgangssituation, ein verbindliches Ziel vorzugeben, das nach heutigen Verhältnissen realistischerweise nicht in dem vorgegebenen Zeitraum erreicht werden kann, setzte viele Hauseigentümer unter enormen Druck."

Für Baumeister zu wenig

Für Robert Jägersberger, Obmann des Österreichischen Baumeisterverbands, greift das von der Bundesregierung angekündigte Konjunkturpaket aus Sicht der Bauwirtschaft viel zu kurz: „Grundsätzlich sind die von der Regierung angekündigten Maßnahmen im Bereich der technischen Gebäudesanierung – Heizung, Photovoltaik – sowie das Vorziehen von öffentlichen Bauprojekten zu begrüßen. Allerdings treffen diese Maßnahmen nicht den Kern des Problems, nämlich jene Marktsegmente, welche für den aktuellen Einbruch bei den Auftragseingängen am Bau verantwortlich sind. Zentrales Problem ist nämlich die ausbleibende Baunachfrage im Bereich des großvolumigen Wohnbaus, des privaten Neubaus und der baulichen Sanierung – vor allem im thermischen Bereich."

Um die Nachfrage in diesen Marktsegmenten zu stabilisieren, plädiert Jägersberger für zielgerichtete Maßnahmen, welche direkt die Investitionsbereitschaft der Bauherren und Hausbauer stimulieren. Dazu gehören insbesondere eine massive Aufstockung der bestehenden Wohnbauförderung durch zusätzliche Bundesmittel, um den bereits entstandenen Rückstau bei der Sanierung und Errichtung von geförderten Miet- oder Eigentumswohnungen in absehbarer Zeit abarbeiten zu können – für die nächsten zwei Jahre ein Volumen von ca. 600 bis 700 Millionen Euro. Jägersberger spricht sich auch für die befristete Einführung einer degressiven Afa von sechs Prozent für Gebäude bzw. alternativ die Anhebung der linearen Afa-Sätze auf drei bzw. 2,5 Prozent aus. Schließlich tritt Jägersberger für die Abschaffung der in der KIM-Verordnung festgelegten Schuldendienstquote von derzeit maximal 40 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens oder als Alternative die Einführung eines zinsgestützten, bundesseitigen Eigenmittelersatzdarlehens für Wohnbauinvestitionen im Ausmaß von bis zu 100.000 Euro ein.

„Wenn die Regierung – wie bei ihrer Präsentation des Konjunkturpakets dargestellt – tatsächlich die Bauwirtschaft unterstützen will, dann braucht es treffsichere Maßnahmen für den Wohnungsbau, um die Mitarbeiter in Beschäftigung halten und den Menschen leistbares Wohnen ermöglichen zu können", so Jägersberger.

Scharfe Kritik von Umweltschützern

Die Umweltschutzorganisation Global 2000 übte umgehend scharfe Kritik an der Bundesregierung für das fehlende Erneuerbare-Wärme-Gesetz im Konjunkturpaket, denn die Förderbedingungen beim Heizungstausch seien bereits jetzt gut und Gasheizungen spielten im Neubau kaum noch eine Rolle. „Die Bundesregierung verabschiedet sich damit in Zeiten der Klimakrise von wichtigen Teilen des Regierungsprogramms. Ein Kniefall vor der Öl- und Gasindustrie ist der falsche Weg, es muss zügig ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz nachgeholt werden. Mit dem heute präsentierten Zwergenschritt kommen wir nicht weiter. Es braucht endlich Planungssicherheit, damit die hunderttausenden Öl- und Gasheizungen gegen klimafreundliche Heizsysteme getauscht werden können und wir uns in Österreich unabhängig von unsicheren Energielieferungen aus Krisengebieten machen können", fordert Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher von Global 2000.

Falsche Prioritätensetzung

Auch die Dämmstoff-Branche übte Kritik, wenn auch in eine andere Richtung. Robert Schmid, Fachverband Stein- und keramische Industrie, kritisierte im Rahmen einer Pressekonferenz der Baupakt-Partner zwei Tage nach Vorstellung des Konjunkturpakets: „Das Tauschen von Heizungen ist wirklich eine gute Sache. Nur die Heizungspropaganda, in der wir uns seit vielen Jahren bewegen – gegen die wir auch nichts sagen wollen – suggeriert den Menschen: Tausche deine Heizung, dann ist dir geholfen, dann bist du öko." Dem Klima sei damit nicht geholfen. Denn zuerst müssen die baulichen Maßnahmen gemacht werden, so Schmid: „Es muss dem Haus, dem Gebäude ein Mantel gegeben werden, der es warm hält im Winter und kühl hält im Sommer, dann kann man über Heizung und ähnliches sprechen." ■

❝ Angesichts einer eskalierenden Klimakrise, der belastenden Teuerung und einer hoch problematischen Abhängigkeit von Energieimporten aus Krisenregionen und autoritär regierten Staaten darf die Bundesregierung nicht bei dem heute präsentierten Mini-Paket stehen bleiben, sondern muss sich weiter um ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz bemühen. ❞

JOHANNES WAHLMÜLLER, Global 2000

❝ Die Maßnahmen treffen nicht den Kern. Zentrales Problem ist nämlich die ausbleibende Baunachfrage im Bereich des großvolumigen Wohnbaus, des privaten Neubaus und der baulichen Sanierung – vor allem im thermischen Bereich. ❞

ROBERT JÄGERSBERGER, Obmann Baumeisterverband